

Die Sozialisten in Europa — Freunde der SPD

Das Sprichwort lautet: „Sag mir, wer deine Freunde sind, und ich sage dir, wer du bist.“ Die Christlichen Demokraten sind auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft in der Europäischen Volkspartei (EVP) vereint. Die EVP hat ein politisches Programm erarbeitet — daran haben alle christlich-demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft mitgewirkt, ihm stimmen alle zu, es ist für alle verbindlich. Ähnlich ist es bei den europäischen Liberalen. Nur die Eurosozialisten haben es trotz dreier Anläufe nicht vermocht, ein gemeinsames Programm zu verabschieden.

Folglich muß man die Politik, die Programme und Aussagen der einzelnen sozialistischen Parteien in der EG heranziehen, um zu erfahren,

- in welcher Gesellschaft sich die SPD befindet,
- in welche politische Richtung sich die Eurosozialisten entwickeln und
- was sie mit Europa vorhaben.

Heute stellen wir die Sozialistische Internationale, den „Bund“ der Eurosozialisten, die britische Labour Party vor.

Die Organisation der Eurosozialisten

Die Sozialistische Internationale (SI)

Die sozialistischen Parteien in der EG sind alle Mitglied der 1951 wiedergegründeten Sozialistischen Internationale (SI). Insgesamt gehören der SI 52 Parteien an,

von denen einige lediglich beratenden Status besitzen. Hinzu kommen neun assoziierte Organisationen. Präsident ist seit 1976 Willy Brandt.

Seit einigen Jahren wird das sozialdemokratische Element in der SI immer stärker zugunsten eines sozialistischen Elements zurückgedrängt; marxistische Tendenzen erfahren eine deutliche Wiederbelebung (etwa bei den britischen und französischen Sozialisten). Die SI intensiviert gleichzeitig ihre Kontakte zu Regimen, Parteien und Organisationen in der Dritten Welt, deren Politik in nicht wenigen Fällen demokratie- und menschenrechtsfeindlich ist (so z. B. zu Angola, Mexiko, Malta oder zu marxistischen sogenannten Befreiungsbewegungen in Afrika).

Die Kontakte zu kommunistischen Parteien und Staaten mehren sich (z. B. zu Jugoslawien und der dortigen kommunistischen Staatspartei, aber auch zur UdSSR). Die Exilorganisationen der früheren sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien in Ost- und Südeuropa (in Polen, Ungarn, den früheren baltischen Republiken usw.) führen dagegen nur noch ein Schattendasein. Für ihr Schicksal und die politische Moral der SI ist die Kritik des italienischen Sozialisten Pietro Nenni an der SI bezeichnend: „So gut wie nichts hat die Internationale getan, um die politische und geistige Opposition in der CSSR zu unterstützen“ (nach Welt, 26. November 1976).

Der „Bund“ der Eurosozialisten

1974 haben sich die sozialistischen Parteien der EG-Mitgliedstaaten zum „Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ zusammengeschlossen. Der Bund ist keine Partei wie die EVP, sondern eine Unterorganisation der SI. Die Programmarbeit des Bundes und das Europaprogramm der SPD weisen nach, daß im Bund die stramm sozialistischen Kräfte unter den französischen, britischen, niederländischen und deutschen Sozialisten das Sagen haben. Indiz dafür ist auch, daß der linkssozialistische britische Minister und Anti-Europäer Tony Benn (siehe unten) Anfang 1979 ins Präsidium des Bundes gewählt wurde. Präsident ist der Franzose Robert Pontillon.

Die Labour Party

Labour ist seit Jahren die Regierungspartei Großbritanniens. Sie ist stark mit den britischen Gewerkschaften verfilzt. Ihre Politik ist vorrangig dafür verantwortlich, daß Großbritannien heute wirtschaftlich zu den Problemländern der EG gehört.

Lange Zeit galt Labour als eine gemäßigte Partei. Mit dem krassen Linksrutsch, der seit 1974 zu beobachten ist, hat die Partei diesen Ruf verloren. Der linke Flügel von Labour, der in der Tribune Group zusammengeschlossen ist, umfaßte 1971 noch 12 % der Labour-Abgeordneten, 1977 waren es bereits 25 %. Heute kann

diese extreme Gruppe auf 100 Abgeordnete von rund 300 Labour-Parlamentariern zählen. Die britischen Jungsozialisten sind fest in der Hand einer radikalen trotzkistischen, also kommunistischen Gruppe.

Für ein Volksfrontbündnis mit Kommunisten

Der marxistische Einfluß in Labour ist seit einigen Jahren so sehr gewachsen, daß der heutige Industrieminister Tony Benn 1976 öffentlich sagen konnte: „Der Marxismus ist von Anfang an in der Labour Party offen akzeptiert worden als eine der geistigen Quellen unserer Bewegung . . . wir müssen in unserer Bewegung Platz für die Marxisten lassen.“

(Rede an der Universität von Bristol, 10. Dezember 1976.)

Bereits 1974 konnte ein hoher Funktionär der britischen Kommunistischen Partei rühmen: „Wir haben heute mehr Einfluß auf die Labour-Bewegung als zu jeder anderen Zeit in unserer Parteiengeschichte. Die Kommunistische Partei kann eine Idee im Frühjahr in Umlauf setzen, und im Herbst ist sie offizielle Labour-Politik geworden.“ (Zitiert nach New Society, 17. Januar 1974.)

Die britischen Konservativen haben in einer Studie nachgewiesen, daß Labour sich auch im offiziellen Parteiprogramm von 1976 in allen entscheidenden Punkten bis hin zur wörtlichen Übereinstimmung an die Programme der britischen Kommunisten angenähert hat. Das gilt für die Enteignungspolitik, für eine radikale Umverteilung gesellschaftlicher Macht oder die Auflösung der Nato. In der politischen Arbeit plädiert die Tribune Group für langfristige Allianzen mit den Kommunisten. Zahlreiche Labour-Abgeordnete praktizieren bereits offen die Volksfront. Daneben hat Labour ihre Beziehungen zu den kommunistischen Staatsparteien, vor allem in der Sowjetunion und der DDR, erheblich ausgebaut. (Auch hier liefert die Studie der britischen Konservativen Daten und Fakten.)

Das anti-europäische, sozialistische Europamanifest der Labour Party

Am 31. Januar 1979 verabschiedete Labour ein Manifest zur Europawahl. Erarbeitet wurde es von Tony Benn, Labour-Minister und Anti-Europäer. In der Ausrichtung auf ein sozialistisches Europa und Forderungen nach einer radikalen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umwälzung in der EG liegt es auf einer Linie mit dem SPD-Europaprogramm. Darüber hinaus zeugt das Manifest von der anti-europäischen, EG-feindlichen Linie der Labour Party. Es gipfelt in dem Ultimatum an die Adresse der Gemeinschaft:

„Wenn fundamentale Reformen . . . nicht innerhalb einer vertretbaren Zeitspanne erreicht werden, werde die Labour Party sehr ernsthaft zu prüfen haben, ob eine fortgesetzte EG-Mitgliedschaft noch im Interesse des britischen Volkes liegt.“

Labour: Für ein sozialistisches Europa

Labour will eine „fundamentale Reform der EG“, sie will „ein Europa, das demokratisch und sozialistisch ist“.

Labour: Für ein Zurückdrehen der europäischen Einigung

Auf dem Weg der EG-Erweiterung durch Spanien, Portugal und Griechenland will sich Labour dafür stark machen, „eine erweiterte, aber lockerere Gruppierung von europäischen Staaten“ zu schaffen. Deshalb ist Labour strikt gegen eine Befugnisvermehrung für das Europäische Parlament: „Wir werden gegen jede Politik in diese Richtung rigoros opponieren.“

Labour: Für eine sozialistische Wirtschaftspolitik

Labour tritt für die „demokratische Kontrolle der Wirtschaft“ ein, sie möchte die Wirtschaft nicht „der Gnade des Marktes“ überlassen.

Sie fordert deshalb die „radikale Änderung der Römischen Verträge“, weil diese „auf dem Konzept eines freien Marktes in der gesamten EG basieren“.

Labour will im einzelnen:

- die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien unter „demokratischer Kontrolle“,
- die 35-Stunden-Woche,
- staatliche Preisplanung und -kontrolle,
- staatliche Investitionsplanung und -kontrolle,
- staatliche Planung des Arbeitsplatzmarktes,
- Labour ist strikt gegen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion.

Im übrigen sind die britischen Sozialisten der Meinung, daß der britische Beitrag zum EG-Haushalt „haarsträubend unfair“ ist.

Labour: ihr Programm sei beispielhaft

Das Manifest zeugt von grotesker Überheblichkeit, wenn es ausführt, daß sich alle sozialistischen Parteien und Regierungen in der EG den Forderungen ihres Manifests anschließen sollten. Denn: „Die Labour Party ist davon überzeugt, daß es im Interesse aller Sozialisten und der Arbeiterbewegung in Westeuropa ist, ihre Forderungen nach einer radikalen Änderung der EG zu übernehmen.“

Labour und SPD

Man muß wissen: Der erste Versuch der Eurosozialisten im Juni 1977, eine gemeinsame Wahlplattform zu erarbeiten, scheiterte u. a. am totalen Widerstand der Labour Party. Der Wahlauftruf der Eurosozialisten vom Januar 1979 kam nur deshalb zustande, weil er inhaltlich der Labour-Linie erhebliche Zugeständnisse machte.

Nur so ist zu verstehen, warum das Europaprogramm der SPD so labourähnlich ausgefallen ist.

Familienpolitik in Frankreich – besser als bei uns heute

Anders als die SPD/FDP-Regierung hat die französische Regierung die Bedeutung der Familie für die Gesellschaft erkannt. Ihre Familienleistungen, die nachfolgend von MdB, Albert Burger, zusammengefaßt worden sind, sind in der ganzen EG beispielhaft:

1. Frauen, die ihre Schwangerschaft vor Ablauf des dritten Monats der Krankenkasse gemeldet und sich drei ärztlichen Pflichtuntersuchungen unterzogen haben, erhalten aus der Familienausgleichskasse im dritten Monat 374 FF, im sechsten Monat 748 FF und im neunten Monat 561 FF.
2. Für Säuglinge und Kleinkinder, die allen vorgeschriebenen Vorsorgeuntersuchungen unterzogen werden, werden am achten Tag nach der Geburt 1 105 FF, im neunten Monat 552,50 FF und im 24. Monat 552,50 FF gezahlt.
3. Sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt eines Kindes hat die berufstätige Mutter Anspruch auf Mutterschaftsurlaub unter Fortzahlung von 90 Prozent des Lohnes; bei Adoption wird ein Urlaub von acht Wochen gewährt.
4. Für die Vertretung einer Landwirtin infolge Mutterschaft werden für höchstens 14 Tage bis zu 150 FF täglich gewährt.
5. Berufstätige Mütter, die in einem Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten arbeiten, können nach der Geburt oder der Adoption eines Kindes einen zweijährigen, bei Teilzeitarbeit einen dreijährigen unbezahlten Erziehungsurlaub mit Wiedereinstellungsgarantie auf einem Arbeitsplatz mit gleichwertiger Vergütung erhalten.
6. Das Kindergeld beträgt monatlich für zwei Kinder 195,50 FF, für drei Kinder 518,50 FF, für vier Kinder 833 FF und zusätzlich für jedes weitere Kind 297,50 FF.

Für Kinder über zehn beziehungsweise 15 Jahren werden zusätzlich Alterszuschläge von 76,50 FF beziehungsweise 136 FF gezahlt. Bei weniger als drei Kindern entfällt die Zulage für das älteste Kind. Kindergeld wird grundsätzlich bis zum 16. Lebensjahr gewährt. Bei Ausbildung wird es bis zum 18. Lebensjahr (Lehre) oder 20. Lebensjahr (Schule, Studium) gezahlt. Letzteres gilt auch für Mädchen, die im Haushalt arbeiten und mindestens zwei Kinder unter 14 Jahren aufziehen helfen. Für Kinder mit eigenem Einkommen, zum Beispiel Ausbildungsvergütung, von mehr als 850 FF monatlich, wird kein Kindergeld gezahlt.

7. Seit dem 1. Januar 1978 erhalten einkommensschwächere Familien beziehungsweise alleinstehende Elternteile mit wenigstens einem Kind unter drei Jahren oder mindestens drei Kindern eine zusätzliche Familienzulage von 354 FF pro Monat, wenn das Familieneinkommen die für das Berechnungsjahr festgesetzte Einkommensgrenze nicht übersteigt.
8. Alleinstehenden Elternteile wird für die Dauer eines Jahres beziehungsweise bis das jüngste Kind drei Jahre alt ist, der Unterschiedsbetrag zwischen dem tatsächlich erzielten und dem gesetzlich garantierten Mindesteinkommen von monatlich 1 716 FF zuzüglich 429 FF für jedes weitere Kind gezahlt.
9. Eine Beihilfe von zur Zeit 170 FF pro Jahr wird jeweils zu Beginn des Schuljahres den schulpflichtigen Kindern zwischen sechs und 16 Jahren einkommensschwächer Familien beziehungsweise alleinstehender Elternteile gewährt.
10. Junge Ehepaare oder Familien erhalten für die Anmietung einer Wohnung oder für den Erwerb eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung sowie für die Einrichtung einer Wohnung ein Darlehen, wenn ihr Jahreseinkommen eine bestimmte Summe nicht übersteigt. Der Höchstbetrag des Darlehens beläuft sich auf 8 630 FF; für die Anmietung können 2 550 FF, für den Erwerb eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung sowie für die Einrichtung der Wohnung 8 630 FF in Anspruch genommen werden.
11. Familien, die ein mindestens 50 Prozent behindertes Kind großziehen, erhalten bis zu dessen 20. Lebensjahr eine Sondererziehungsbeihilfe von 272 FF pro Monat. Für mindestens 80prozentig behinderte Kinder, die nicht in besonderen Institutionen betreut werden aber ständiger Betreuung bedürfen, wird ein Zuschlag von 408 FF, wenn ständige Betreuung nicht erforderlich ist von 204 FF gewährt.
12. Wer vor Vollendung des 22. Lebensjahres Vater geworden ist, ist vom Wehrdienst befreit, ohne daß die sonstigen Verhältnisse der Familie in Betracht gezogen werden. Es ist nicht erforderlich, daß der junge Vater seine Familie ernährt.

Stationen auf dem Weg zum Europäischen Parlament und zur Direktwahl

September 1952

In Straßburg wird die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder Montanunion) mit 78 Abgeordneten gegründet.

März 1958

Das „Europäische Parlament“, das als gemeinsames parlamentarisches Kontrollorgan zuständig ist für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, für die neu gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und für die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom), beginnt seine Tätigkeit mit 142 Abgeordneten.

Mai 1960

Das Parlament billigt einen Vertragsentwurf des belgischen Senators Fernand Dehousse für die Direktwahl und übermittelt ihn dem Ministerrat. Dieser läßt den Entwurf 14 Jahre lang unbearbeitet.

November 1970

Das Parlament erhält die Kontrolle über die von den Außenministern außerhalb der Gemeinschaftsinstitutionen vereinbarte „Europäische Politische Zusammenarbeit“.

Januar 1973

Das Vereinigte Königreich, Dänemark und Irland treten der Europäischen Gemeinschaft bei. Das Parlament wird auf 198 Mitglieder erweitert.

Dezember 1974

Die Staats- und Regierungschefs der neun Mitgliedsländer erklären auf einer Gipfelkonferenz in Paris, daß sie Vorschläge des Parlaments für die Direktwahl erwarten.

Januar 1975

Das Parlament legt unter Federführung des niederländischen Abgeordneten Schelto Patijn einen neuen Vertragsentwurf vor, der den veränderten Verhältnissen entspricht.

Dezember 1975

Die Staats- und Regierungschefs übernehmen den Patijn-Entwurf als Beratungsgrundlage und beschließen grundsätzlich die Durchführung der Direktwahl. Sie soll im Mai/Juni 1978 stattfinden.

20. September 1976

Nach langen Auseinandersetzungen der Staats- und Regierungschefs wegen der Sitzverteilung zwischen den einzelnen Nationen, verabschieden die Außenminister den Beschuß zur Einführung allgemeiner, direkter Wahlen. Die Ratifizierung des Vertrags durch die einzelnen Parlamente zieht sich bis Frühjahr 1978 hin.

April 1978

Der „Europäische Rat“ einigt sich auf den 7. bis 10. Juni 1979 als Wahlzeitraum. Da Briten und Niederländer aus religiösen Gründen nie sonntags wählen, gehen sie am 7. Juni, einem Donnerstag, zur Wahl. Gleichzeitig mit ihnen die Dänen und

Achtung: Übersicht der bisherigen UiD-Dokumentationen zur Europawahl

Folgende Dokumentationen, die für die Europawahl und die Europapolitik der CDU wichtige Fakten liefern, sind bereits erschienen:

- Die europäische Zusammenarbeit der CDU (EVP, EUCD, EDU, CD-Partnerparteien): UiD-Dokumentation 33 vom 5. Oktober 1978.
- Aufbau und Durchführung von Parteienpartnerschaften im Rahmen der EVP: UiD-Extra 35 vom 19. Oktober 1978.
- Europa heute — das Meinungsklima in der Gemeinschaft (demoskopische Daten zur Europawahl): UiD-Europawahl 1/2 vom 11. Januar 1979.
- Flagge zeigen — für Europa werben (Materialübersicht für den Europawahlkampf): UiD-Europawahl 3 vom 18. Januar 1979.
- Ein Programm sozialistischer Gesellschaftsveränderung (Analyse des SPD-Europaprogramms): UiD-Europawahl 4 vom 25. Januar 1979.
- Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen (konkrete europapolitische Vorschläge der CDU): UiD-Europawahl 5 vom 1. Februar 1979.
- Für ein demokratisches Europa mit starken Institutionen (Darstellung der Arbeit und Organisation des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission usw.): UiD-Europawahl 6 vom 8. Februar 1979.
- Deutsche, wählt das freie und soziale Europa — gegen ein sozialistisches Europa (Wahlaufruf und europapolitische Anträge des Bundesvorstandes (Entwürfe) für den 27. Parteitag in Kiel): UiD-Europawahl 7 vom 15. Februar 1979.

Iren. Wahltag für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Länder ist Sonntag, der 10. Juni 1979. Damit die Veröffentlichung der ersten Wahlergebnisse den Wahlausgang in Ländern, die erst zu einem späteren Zeitpunkt wählen, nicht beeinflußt, wird das Wahlergebnis frühestens am Abend des 10. Juni 1979 bekanntgegeben.

Juni 1978

Nach Anhörung des Parlaments bestimmt der Rat der Außenminister rechtsgültig den 7. bis 10. Juni 1979 als Wahlzeitraum.